

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Adolf & Co., Nr. 1205

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Dr. Wenzel, Dresden
und Geschäftsführer

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtlohn mit den wöchentlichen Beilagen
nach der Arbeit und „Voll und Bett“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Gefachzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201 und 22707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Wagenpostpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Kopfcassette
30 Pf., die 50 mm breite Kassette 1,50 Mk., für auswärtsige An-
zeigen 25 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte
40 Pf. Rabatt für Reichsbahnbesitzer 10 Pf.

Nr. 29

Dresden, Donnerstag den 4. Februar 1926

37. Jahrg.

Der Eintritt in den Völkerbund

Aus dem Reichstage wird uns berichtet:
In Anwesenheit des gesamten Reichskabinetts wurde am Mittwoch im Auswärtigen Ausschusse des Reichstages die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert. Reichsaußenminister Dr. Stresemann legte in ausführlicher Rede die Stellung des Auswärtigen Amtes und der Reichsregierung dar. An seine Ausführungen schloß sich eine längere Aussprache, worauf mit 18 gegen 8 Stimmen folgender Antrag angenommen wurde:

Nach Entgegennahme der Erklärungen des Herrn Reichsaußenministers hat der Auswärtige Ausschuss keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht, und geht über die sonstigen vorliegenden Anträge, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ablehnen oder an Bedingungen knüpfen, zur Tagesordnung über.

Damit wurden der deutsch-nationale Antrag, der den Eintritt Deutschlands von bestimmten Bedingungen abhängig machen will, sowie der kommunistische Antrag auf Ablehnung des Eintritts in den Völkerbund hinfällig.

Im Grunde war die ganze Erörterung im Ausschusse überflüssig. Dundermal Gesagtes und Hundertmal Wiederholtes wurden von den Gegnern des Völkerbundes wiederholt. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben sich aus diesem Grunde überhaupt nicht mehr an der Debatte beteiligt. Was hätte es für einen Zweck, die Gründe, die so oft im Plenum wie im Ausschusse vorgetragen wurden, zu rekapitulieren? Überzeugen konnte man niemand mehr und die Stellung unserer Partei war zu bekannt, als daß es notwendig gewesen wäre, sie noch einmal darzulegen. Wenn es überhaupt zu der Aussprache kam, so hatte das im wesentlichen nur den formellen Grund, daß das Plenum den deutsch-nationalen Antrag, der mit der Debatte über die Regierungserklärung verbunden war, aus Entgegenkommen gegen die, die ihn eingebracht hatten, nicht zumende abgelehnt hatte, denn durch das Gesetz vom 28. November 1925 war der Regierung bereits die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund erteilt, und sie konnte sich ihre Legitimation nicht noch einmal beschaffen. Die Form des Übergangs zur Tagesordnung wurde gewählt, um zu verhindern, daß der Reichstag noch einmal ganz ungewollt sich mit der Materie befaßt und so die Befugnis der Regierung, den selbstverständlichen gewordenen Schritt jetzt zu tun, zu weitgehend gezogen wurde.

Die Aussprache hat sich im wesentlichen um den deutsch-nationalen Antrag gedreht. Die Voraussetzungen, die er aufstellte, waren sich auf all die Punkte, die in der deutsch-nationalen Agitation wider den Völkerbund in der letzten Zeit in den Vordergrund gestellt worden sind. Der bekannte Artikel 16 des Statuts, der den deutschen Auffahrt, der Militärkontrolle, des Widerstands des Schulbesuchenden, der Abkürzung der Befreiungszeiten und die zweite und dritte Zone, der Verringerung der Befreiungszeiten — alles das und noch einiges andere ist auf neue vor-

gebracht worden. Ball auf Ball wurde errichtet, um noch im letzten Augenblicke das Kabinett in seinem Entschlusse schwankend zu machen. Wir brauchen nicht noch einmal zu sagen, daß wir sachlich mit vielen, ja den meisten der deutsch-nationalen Forderungen übereinstimmen. Der Unterschied zwischen ihnen und uns ist nur der, daß wir glauben, im Völkerbund zu erreichen, was jene als Vorbedingung des Eintritts aufgestellt wissen wollten, wobei wir ganz die Frage außer Betracht lassen, ob es ihnen mit ihren „Bedingungen“ überhaupt ernst ist, oder ob sie sie nur vorziehen, um ihre grundsätzliche Abneigung gegen den Anschluß an die Weltorganisation zu verhehlen.

Das deutsch-nationale Agitationsheer wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die vorige Regierung Luther in ihrer letzten Juli-Note keine besonderen Bedingungen (nur Vorbehalte wegen der Abrüstung) gestellt hat. In dieser Regierung Luther haben mit maßgebendem Einflusse — die deutsch-nationalen! Ihre jetzigen Vorbehalte sind also demagogische Agitationsmittel.

Die Kommunisten können ihrerseits den Ruf nach Anknüpfung, sehr viel klarer und sehr viel folgerichtiger vorzugehen als der andere Flügel der „nationalen“ Opposition. Sie waren und sind prinzipiell gegen den Völkerbund; ihre Gründe sind heute dieselben wie vor Jahresfrist. Die Erklärung, die sie in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vorlesen haben, enthält erneut all die Schlagworte vom britischen Imperialismus, von der Vorbereitung neuer Kriege, von der Verdrängung Russlands usw. die wir aus ihrem Munde stets gehört haben und die wir so lange hören werden, bis — Rußland sich dazu entschließt, das deutsche Beispiel nachzuahmen.

Auf jeden Fall stehen jetzt dem Kabinett Luther für die Annahme keine Hindernisse mehr im Wege. Man darf annehmen, daß es sie in den nächsten Tagen vollzieht, und daß dann Deutschland in einer außerordentlichen Vollversammlung im Laufe des Monats März aufgenommen wird. Damit ist erreicht, was die Sozialdemokratie seit Jahren gefordert und angestrebt hat. Sie hat das große Verdienst, eine politische Notwendigkeit rechtzeitig erkannt zu haben, und niemand wird bestreiten können, daß der schließlich zustande gekommene Entschlusse zum guten Teil ein Erfolg ihrer Arbeit ist.

Letzte Entscheidung am Montag

Berlin, 3. Februar. Der Beschluß zur Absendung des Aufnahmegebührens in den Völkerbund wird in einer Kabinetsitzung gefaßt werden, die unter Vorsitz des Reichspräsidenten am Montag stattfinden soll. Für Sonnabend sind die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin zur letzten Begutachtung geladen.

Deutschlands Klemmer im Völkerbund

D. Berlin, 4. Februar. (Eig. Funkpruch.) Aus London verlautet, daß Deutschland im Völkerbund das Amt des Chefs der Informationsabteilung, ferner des stellvertretenden Chefs der Informationsabteilung und des neu zu schaffenden Stellvertreters des Generalsekretärs besetzen soll. Außerdem wird Deutschland eine ganze Reihe untergeordneter Stellen angeboten werden.

Nichts gelernt und nichts vergessen!

Die Fürstenabfindung und die kommunistische Betrügerei

pr. Als die Sozialdemokratie sich vor 14 Tagen veranlaßt sah, in Gemeinschaft mit den Kommunisten einen Antrag auf Volkentscheid zu stellen, ließ sie sich von dem Gedanken leiten, eine möglichst große Stimmenzahl für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten aufzubringen und so möglichst einen Erfolg der eingeleiteten Aktion zu sichern. Es war von vornherein klar, daß sich die Kommunisten bei ihrer Zustimmung zu dieser gemeinsamen Aktion hauptsächlich von agitatorischen Gesichtspunkten leiten ließen. Infolgedessen war gerade von unserer Seite besondere Vorsicht geboten. Sie kam zum Ausdruck in der Parole: „Getrennt marschieren, um vereint zu schlagen.“

Die Sozialdemokratie hat sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zur Durchführung eines Volkentscheides getroffen. Die Organisationen im Lande erhielten die notwendigen Anweisungen und die sozialdemokratische Presse ist dabei, systematisch den Kampf um den Volkentscheid vorzubereiten, das Volk aufzuklären und, soweit es in ihren Kräften steht, an einem Erfolge mitzuwirken. Das Geschick der kommunistischen Blätter über den „Verrat“ der SPD-Führer und der gegen alle Vereinbarungen erhobene Ruf nach Einheitskomitees hat die Gewerkschaften nicht im geringsten abgehalten, die gegenseitigen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Die Kommunisten betradeten über die Fürstenabfindung lediglich als Mittel zum Zweck. Sie fordern zwar die entschädigungslose Enteignung der Fürsten — aber ihr Ziel ist in diesem Kampfe, vor allem die Sozialdemokratie zu treffen. Diese Absicht ergibt sich aus einem Rundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, das dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in die Hände gefallen ist, eingandsfrei und klar. Das Rundschreiben ist von dem Reichstagsabgeordneten und Mitglied der kommunistischen Zentrale, Remmele, unterzeichnet und es sind Beweise vorhanden, daß es sich um eine vertraulich zu behandelnde Arbeit der kommunistischen Zentrale handelt, die an alle kommunistischen Parteibeiräte im Reich übermittelt worden ist. Im ganzen Deutschland gilt also, was in dem kommunistischen Rundschreiben wie folgt gesagt wird:

„Die Frage der Fürstenenteignung ist für uns die Frage um weitere gesteckte Ziele, bei denen der Stimmzettel nur als agitatorisches Hilfsmittel in Betracht kommt und als Gradmesser unserer Stärke dient. Das muß von unsern Genossen genau beachtet werden.“

Die kommunistische Zentrale bestätigt damit, daß ihr Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht ernst zu nehmen ist und, wie sie an anderer Stelle des Rundschreibens angibt, in erster Linie der Spaltung der SPD dienen soll. Man will die Mitglieder der SPD, durch Einheitskomitees, in die Gefolgschaft der KPD bringen. Aus diesem Grunde erhält seit Wochen der Ruf nach der Einheitsfront. In gemeinsamen Aktionsausschüssen will man versuchen, jenen Spaltplatz in die SPD hineinzuschmuggeln, an dem unsere Kommunisten seit Jahren leiden. Anstatt ebenso entschlossen und entschlossen an die Aufklärung im Lande zu gehen, soll in Wirklichkeit hinter der Parole der Fürstenabfindung der Versuch gemacht werden, die kommunistische Partei auf Kosten der Sozialdemokratie vor dem Verfall zu retten. Auch das Reichsbanner und die Gewerkschaftsfaktorie will man mit dem verlorenen Spiel nicht verlohnen.

Die Sozialdemokratie wird sich durch das heuchlerische kommunistische Wandern nicht im geringsten abhalten lassen, den Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fortzuführen. Sie war sich von vornherein klar, daß dieser Kampf bei der geringen Mitgliederzahl der kommunistischen Partei vorwiegend auf den Scheitern der Sozialdemokratie lauten würde und nur durch sie mit einer gewissen Art Erfolg durchgeführt werden kann. Aus dem kommunistischen Rundschreiben erleben nunmehr aber auch die deutsche Arbeiterklasse und der Teil unserer Bevölkerung, der trotz einem politischen Einstellung in dem Ziel der entschädigungslosen Enteignung mit uns einig ist, wie unüberwindlich und unüberwindlich die SPD ist und wie berechtigt die Haltung unseres Parteivorstandes war, als er sich gegen gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten entschied. Sie haben jetzt jedenfalls wieder einmal gezeigt, daß ihnen die Interessen des Volkes gar nichts sind und ihr einziges Ziel davor steht, jetzt auch noch die deutsche Sozialdemokratie zum Vergnügen der Rechtsparteien zu ruinieren. Die Mitgliedschaft der Partei wird den Betrügnern bald beweisen, daß ihre Rechnung wieder einmal falsch ist.

Lesebuch zum Volkentscheid

Der Volkentscheid ist in Vorbereitung und nun gibt es, die Funktionäre der Gewerkschaften und Partei mit der müde nur umfänglich, sondern auch sehr reichhaltigen Lesebuch, die dem kommenden Volkentscheid anzuhande sein, wertvoll zu machen. In diesem Buche gibt die Volkentscheidungskommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine circa 70 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel heraus: „Fürstenabfindung? Ein Lesebuch zum Volke.“

Der deutsche Justiz-Sumpf

Verhinderte Aussagen im Fememordprozeß?

Der Nordprozeß Banier hat durch die Beschuldigungen, die neuerdings von der Frau des zum Tode verurteilten Feldwebels Stern und von der Schwester des ebenfalls mit der Todesstrafe bedrohten Schirmmann wegen der Verhinderung und Verlesung des Nachbiter Gerichts erhoben worden sind, ein drittes Kapitel erhalten, ein Kapitel aus Stoffen der deutschen Mitternacht und des Verfalls der Schenkergerichts. Es ist psychologisch wohl zu verstehen, daß die Angehörigen der einstigen Fememörder, deren „mitteilungslos“ Vorleben vor allem den weiblichen Familienangehörigen sicherlich gänzlich unbekannt war, durch die Presseerörterung vom Todesurteil über ihre Verwandten tieflich aufgeregt erwidert worden sind. In ihrer Erregung suchen sie nach irgendwelchen greifbaren Anlässen für den Fall, wenn ihre Angehörigen durch die Drahtzieher der Fememorde, ohne ein in dem Maße, wie es zu wünschen wäre, unerschütterliches Material herbeizubekommen.

Die Schwester des Schirmmanns, die Schwester des Schirmmanns, behauptet, daß sich die Verteidiger der Fememörder an dem ehemaligen Feldwebel und deren Angehörige heranzustellen hätten, um im Interesse der Fememörder die Verhinderung einer hier schärfende Beweisführung zu verhindern. So hätten die Rechtsanwälte Dr. Zof und Dr. Schöner, die Vernehmung ihres Mannes, der seinen Schwager als Zeugen entließ, die Offiziere der Schwarzen Reichswehr verurteilt hätte, hintertrieben. Die Angehörigen des Schirmmanns seien ebenso wie Schirmmann selbst davon überzeugt gewesen, daß dieser in einem regulären Truppenteile des Reichswehrdienstes verheiratet sei. Ein amtliches Zeugnis des Infanterieführers III, datiert aus Potsdam vom 1. Dezember 1923, habe in Einklang mit der Vernehmung des Schirmmanns stehen lassen, daß er durch diese amtliche Verurteilung des Infanterieführers ordentliches Mitglied der Reichswehr geworden und seinen Dienstverpflichtungen zu imbedingtem Gehorsam verpflichtet sei.

Man ist aber überzeugt, daß ihr Mann durch den Verfall der Reichswehr und seinen damaligen militärischen Vorgesetzten, durch den Regimentsführer Oberleutnant

von Senden, zu der Kordat bestimmt worden sei. Sein habe vor kurzem noch erklärt: „Was hätte ich tun sollen; wenn ich Banier nicht erwidert hätte, wäre ich selbst an der Reihe gewesen.“ Sie behauptet die Staatsanwaltschaft und das Gericht, die „Kommunisten“ des Potsdamers von Senden absichtlich in Schutz genommen zu haben. Ihre Hinweise auf die Mißstände der Offiziere seien nicht beachtet worden.

Als vorläufiges Ergebnis des Fememordprozesses Banier ist jedenfalls eine außerordentliche Verleumdung des Mißtrauens gegen die deutsche Rechtsprechung zu buchen. Die zuständigen Stellen werden jetzt nicht umhin können, in dem Wiedereröffnungsvorgang auch jene Angehörige zu Wort kommen zu lassen, deren Aussagen bisher verhindert wurden. Obwohl es den Anschein hat, daß sie in der Lage sind, an der Aufklärung der verbrecherischen Fememordtaten ernsthaft mitzuwirken.

Der Fememord-Ausschuss im Reichstag

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Aufklärung der Fememorde hielt am Mittwoch seine erste Sitzung ab. Der Vorsitzende, Dr. Schetter (Zentr.), bezeichnete als die dringende Aufgabe des Ausschusses: Untersuchung der Fememordorganisation, der Fememorde und der sonstigen strafbaren Handlungen. Die erste Aufgabe des Ausschusses wird in Materialbeschaffung bestehen, um beurteilen zu können, ob überhaupt Fememordorganisationen bestanden haben, ob Fememorde vorgenommen sind und ob und wie die vorhandenen Fememordorganisationen im Zusammenhang stehen und welche strafbaren Handlungen sonst vorgenommen sind. Genosse Scheidemann hält die Materialbeschaffung vor allem vom Reichsministerium des Innern, vom Auswärtigen Amt und besonders von der Reichswehr für erforderlich. Eingehend werde sich der Ausschuss mit dem geradezu hermetischen Ausschluß der Öffentlichkeit im Nachbiter Fememordprozeß zu beschäftigen. Genosse Dr. Vandersera verlangt die Beschaffung des gesamten Materials ohne Verschönerung auf Preußen. Dem Vorsitzenden wurde bereits ein entsprechender Antrag erteilt. Er soll insbesondere die Akten über die rechtskräftigen Verurteilungen und eingestellten Verfahren in Fememordprozessen beschaffen.